

Sozialdemokratische
Partei Deutschlands
Stadtverband Hanau

Freie Demokratische
Partei
Stadtverband Hanau

Wählergemeinschaft
Bürger für Hanau

Bündnis 90 /
Die Grünen
Ortsverband Hanau

Vereinbarung

**über die Gestaltung kommunaler Politik in Hanau
2006 bis 2011**

Bürgerlich - Liberal - Sozial - Ökologisch

Inhaltsverzeichnis

Präambel

Aktivierende Sozialpolitik – Sozialpolitik für Hanau

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Financen und Beteiligungen

Ganzheitliche Sportentwicklungsplanung in Hanau

Klinikum Stadt Hanau und Gesundheitsstandort Hanau

Kulturförderung und Kulturpolitik der Stadt Hanau in den kommenden Jahren

Perspektiven und Entwicklung des Eigenbetriebs Kindertagesbetreuung

Prävention und Sicherheit

Schulpolitische Vereinbarungen

Stadtentwicklung

Umwelt – Lokale Agenda 21

Wirtschaftspolitische Vereinbarungen

Zukunftsaufgabe Integration

Anhang zu den getroffenen inhaltlichen Vereinbarungen

- Zusammenarbeit
- Kooperationsausschuss
- Personelle Fragen / Dezernatsverteilung

Präambel

- In der Überzeugung, dass die Wählerinnen und Wähler in Hanau im März 2006 eine Neuorientierung der Hanauer Kommunalpolitik wollten,
- in der festen Überzeugung zugleich, dass in einer konstruktiven Zusammenarbeit von SPD, FDP, BfH und Bündnis 90/Die Grünen in Hanau diese Neuorientierung zum Nutzen der Hanauer Bürgerschaft gestaltet werden kann:

“Bürgerlich - Liberal - Sozial - Ökologisch“,

- in der gemeinsamen Absicht, eine entscheidungsfähige Stadtregierung zu schaffen, die auf Verlässlichkeit basiert,
- in der Überzeugung weiter, dass zur Umsetzung eines gemeinsamen Programms und zur Konkretisierung ihrer kommunalpolitischen Ziele Verlässlichkeit, ständiges Abstimmen untereinander und Kompromissbereitschaft unerlässlich sind,
- in der Zielsetzung, bei wichtigen kommunalpolitischen Fragen geschlossen abzustimmen,
- in dem Wissen, dass die getroffenen Vereinbarungen Grundlagen des weiteren Handels sind und auch geschlossen miteinander verfolgt und umgesetzt werden und
- in der Zielsetzung, dass die Vereinbarung über die Zusammenarbeit bis 2011 von allen beteiligten politischen Gruppierungen für die gesamte Wahlperiode bejaht wird,

unterzeichnen SPD, FDP, BfH und Bündnis 90/Die Grünen die folgende Vereinbarung:

Aktivierende Sozialpolitik – Sozialpolitik für Hanau

Im Einklang mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung ist es Ziel, ein familien- und kinderfreundliches Klima als positive Voraussetzung für ein soziales Miteinander weiter zu entwickeln. Besondere Beachtung gilt dem demographischen Wandel. Als wesentliche Ursache für diesen Wandel ist der Rückgang der Geburten auszumachen. Gravierende Veränderungen in den Sozialsystemen, im Arbeitsleben und in der Lebensqualität sind zu erwarten und werden die Entwicklung auch der Stadt Hanau prägen. Alle Maßnahmen in der Sozial-, Kinder- und Familienpolitik müssen darauf ausgerichtet sein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen durch die Politik zu beeinflussenden Feldern zu verbessern.

Um dies zu erreichen werden folgende Ziele verfolgt:

- Gestaltung der **Kindertageseinrichtungen** als Einrichtungen der Primärerziehung, der Bildung, der gesellschaftlichen Sozialisation und der Begegnung von Kindern und Eltern unterschiedlichster Herkunft gleichermaßen sowie der Bildung einer Erziehungspatenschaft.
- Gestaltung der Angebote der **Familien- und Jugendbildung** als ein niederschwelliges, präventives, soziokulturelles Unterstützungsangebot für traditionelle Familien- und neue Lebensformen.
- Gestaltung der **Familien- und Jugendarbeit** in Form von Nachbarschaftshäusern, Stadtteil- und Jugendzentren sowie Stadtteilparks.
- Gestaltung der **Familien- und Jugendberatung** als ein Angebot der vorbeugenden, begleitenden und nachgehenden, auch therapeutischen Hilfe.
- Gestaltung der **Familien- und Jugendhilfe** als niederschwellige Instanz und behördliche Einheit, die berät, begleitet und vermittelt.
- Gestaltung der **Seniorenhilfe** als Unterstützung im und nach dem Übergang vom Erwerbsleben und / oder der Familienzeit zum Ruhestand.
- Gestaltung der **wirtschaftlichen sozialen Hilfen** durch Stärkung der Kräfte der Familie zur Selbsthilfe und durch persönliche Beratung sowie der Gewährung von Geld- und Sachleistungen.
- Gestaltung einer fachübergreifend abgestimmten **Sozialverträglichkeitsprüfung** als Beteiligungsverfahren für betroffene Bürgerinnen und Bürger.
- Gestaltung der **Projekte der Sozialen Stadtentwicklung**: Stadtteil Lamboy, Weststadt und Neustadt Hanau sowie Stadtteil Nordwest, Stadtteil Freigericht (Südost) und Altstadt Hanau.
- Gestaltung des **Lebensbereichs Wohnen** durch Förderung eines sozialorientierten Mietwohnungsbaus und die Förderung genossenschaftlicher Eigentumsbildungen sowie einer mit der Wohnungswirtschaft gestalteten kommunalen Wohnungsbauförderung und sozial ausgewogenen Wohnungsvermittlung.

- Gestaltung des **Lebensbereichs Engagement** durch Beratung und Begleitung von Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürgern und eine selbst organisierte und verwaltete Freiwilligenagentur in freier und öffentlicher Trägerschaft und einer Beteiligungskultur.

Folgende Maßnahmen werden anhand einer neuen und regelmäßig zu überarbeitenden **Sozialdatensammlung (Sozialberichterstattung)** getroffen und ständig evaluiert:

- Bekämpfung von Armut durch Steuerungsprozesse in den Einrichtungen der Kindertagespflege und Jugendarbeit und der weiteren Entwicklung der sozialen Arbeit an den Schulen.
- Verstärkung von Sprachkursen und Bildungsmaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen.
- Verstärkte (Bildungs-) Angebote für benachteiligte Jugendliche in den dezentralen Einrichtungen der Jugend- und Familienarbeit (Nachbarschaftshäusern, Stadteil- und Familienzentren) mit allen Akteuren im Sozialraum.
- Entwicklung neuer Wege der Kooperation von Schule und Jugendhilfe; Unterstützung der Hanauer Schulen beim Aufbau eines Nachmittagsangebotes und im Umgang mit schwierigen Schülerinnen und Schülern (Familien- und Jugendberatung / Kommunaler Sozialer Dienst).
- Niederschwellige Angebote sollen die Partizipation einkommens- und bildungsschwacher Gruppen in den dezentralen Einrichtungen ermöglichen und dazu beitragen, Defizite in der Chancengleichheit abzubauen.
- Jugendliche müssen beim Übergang von der Schule zum Beruf durch intensive Kooperation alle Akteure und neue Bündnis stärker begleitet und unterstützt werden.

Die Maßnahmen werden gemeinsam mit freien Trägern der Jugendhilfe, Vertretern von Industrie und der Wirtschaft sowie weiteren Akteuren geplant und umgesetzt und beziehen unterschiedliche Armutsindikatoren mit ein (Einkommen, Arbeit, Gesundheit, Beteiligung, Partizipation und Bildung).

Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger

Die Kooperationspartner sprechen sich für eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung aus.

Ortsbeiräte in der Kernstadt werden als eine sinnvolle Ergänzung demokratischer Strukturen in der kommunalen Selbstverwaltung angesehen. Neben den Ortsteilen, die sich im Zuge der Gebietsreform in den jeweiligen Gebietsgrenzen das Recht auf Bildung von Ortsbeiräten gesichert haben, ist zu prüfen, wo in der Kernstadt Ortsbeiräte gebildet werden können. Bei der Prüfung sind die vorhandenen Bürgerinitiativen und Stadtteilkonferenzen einzubeziehen. Ihr Engagement wird ausdrücklich gewürdigt und auch weiterhin unterstützt.

In dieser Wahlperiode ist ein Bürgerhaushalt zu entwickeln.

Finanzen und Beteiligungen

Gemeinsames Ziel ist, das Ansehen der Stadt Hanau weiter zu verbessern, die Lebensqualität zu steigern, Bildungschancen und soziale Gerechtigkeit als Investitionen im Sinne präventiver Maßnahmen zu verstehen und zu fördern.

Die Rolle der Stadt als zentraler Standort in der östlichen Rhein-Main-Region ist zu stärken. Da der Sonderstatus der Stadt Hanau ausgehöhlt und in Frage gestellt wird, streben wir die Kreisfreiheit der Stadt Hanau an.

Aus finanzwirtschaftlicher Perspektive gilt es, städtisches Vermögen nachhaltig für die gegenwärtige Generation zu sichern und zu mehren, ohne das Vermögen zukünftiger Generationen zu gefährden.

Um dieses Ziel zu verwirklichen ist die Fortsetzung der Konsolidierung der städtischen Finanzen unerlässlich. Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt sind zu begrenzen. Bei positiver Einnahmeentwicklung, insbesondere der Gewerbesteuer und dem Anteil an der Einkommenssteuer, werden diese dazu genutzt, das kumulierte Defizit Zug um Zug abzubauen. Es besteht Einvernehmen, die Einnahmebasis nicht durch Einführung oder Anhebung von Steuern zu verbessern.

Nach der Phase der Ausgründungen gilt es, in der „Unternehmung Stadt Hanau“ Synergien zu schöpfen und Kosten zu senken. Die Organisationseinheiten (Eigenbetriebe, Ämter, Fachbereiche) sind hierbei in ihren Kernkompetenzen zu stärken. Doppelstrukturen sind ab zu bauen.

Ziel ist es, von 2009 an die Kameralistik durch das kaufmännische Rechnungswesen (Doppik) zu ersetzen. Es gilt ferner für die städtische Unternehmungen im Bereich Controlling Frühwarnsysteme einzuführen.

Investitionen

Prioritätensetzung sichert die Zukunftsfähigkeit der Stadt. Sanierungs-Investitionen für die städtische Infrastruktur sind wirtschaftlich sinnvoll. Damit werden höhere Kosten in der Zukunft vermieden.

Bei den Finanzierungen von Bauprogrammen werden ökonomische und ökologische Faktoren eine besondere Beachtung erfahren, deshalb wird auch die Entscheidung über Eigenfinanzierung oder PPP-Modelle im jeweiligen Einzelfall geprüft werden müssen.

Schulbausanierung, (Innen-) Stadtgestaltung, der Bau der Hauptfeuerwache, die Gestaltung des Freiheitsplatzes sowie die Realisierung eines Brüder-Grimm-Kulturzentrums haben Vorrang.

Die Partner des Bündnisses werden in dieser Wahlperiode die Haushalte gemeinsam verabreden und tragen.

Ganzheitliche Sportentwicklungsplanung in Hanau

Mit dem Projekt „Sportentwicklungsplan“ stellt die Stadt Hanau die Weichen für eine zukunftsorientierte Sportpolitik. Angesichts des starken Wandels des Sports, der Zunahme des individuellen Sporttreibens (z.B. auch des Freizeitsports), demographischer Veränderungen und der stetigen Ausdifferenzierung des Sportsystems sollen unter der Zielsetzung einer „sport- und bewegungsgerechten Stadt“ Angebote, Organisationsformen und Sport- und Bewegungsräume überprüft, optimiert und zukunftsgerecht gestaltet werden.

Dabei kommt dem vereinsgebundenen Sport weiterhin eine herausragende Rolle zu, da er zugleich unverzichtbare gesellschaftliche, kulturelle und soziale Funktionen ausübt. Das flächendeckende und vielfältige Angebot der Sport treibenden Vereine steht auch für die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zu umfassendem ehrenamtlichen Engagement, das gerade im Zeichen des Wandels gesellschaftlicher Werte bewahrt, Heimat vermittelt und Integration ermöglicht.

Die Stadt Hanau fördert die Zusammenarbeit von Vereinen und Schulen im Rahmen des Ganztagschulbetriebs.

Für die Stadt Hanau ist es deshalb selbstverständlich, dass auch zukünftig die städtischen Sportanlagen den Hanauer Vereinen nutzungsentgeltfrei zur Verfügung gestellt werden, städtische Mittel für die Erhaltung und Sanierung der Vereinsanlagen weiterhin bereitzustellen sind und die Sportförderung in vollem Umfang erhalten bleibt.

Der Sportentwicklungsplan soll im Wege eines kooperativen Planungsverfahrens unter Einbeziehung der Bevölkerung, lokaler Expertinnen und Experten sowie auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse stattfinden. Ein so erarbeiteter Sportentwicklungsplan stellt keine isolierte Planung dar, sondern ist Element einer ganzheitlichen Stadtentwicklung.

Klinikum Stadt Hanau und Gesundheitsstandort Hanau

Ziel ist es, das Klinikum Stadt Hanau als Krankenhaus der Maximalversorgung in städtischer Trägerschaft zu erhalten und auszubauen.

Mit der Umgründung des derzeitigen Eigenbetriebes in eine gemeinnützige GmbH wird die Voraussetzung geschaffen, mit anderen Kliniken der Region und auch mit dem St. Vinzenz Krankenhaus Hanau zu kooperieren. Wirtschaftlich wird mit der Umgründung das Ziel verfolgt, den städtischen Haushalt vor drohenden Belastungen durch aufgelaufene Verlustvorträge durch Bereinigung dieser Verluste zu schützen. Die im Zuge der beabsichtigten Umgründung gegenüber den Arbeitnehmern gemachten Zusagen hinsichtlich Tarifbindung sowie dem Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bleiben bestehen.

Insgesamt soll ein Gesamtkonzept entwickelt werden mit dem Ziel, das Klinikum Stadt Hanau auf wirtschaftlich solider Basis in eine Spitzenposition zu bringen, in dem auch die Kooperation mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten intensiviert wird.

Kulturförderung und Kulturpolitik der Stadt Hanau in den kommenden Jahren

„Kultur für alle“

Die Stadt Hanau ist durch ihre eigene Geschichte geprägt, durch die Schaffung der Hanauer Neustadt neben der sich schon lange zuvor entwickelten Altstadt Hanau, in den 70iger Jahren des letzten Jahrhunderts durch die Eingemeindung zweier bedeutender Städte, Großauheim und Steinheim (1974) sowie von kleineren Gemeinden, Kesselstadt schon vor hundert Jahren (1907), Mittelbuchen (1972) und Klein-Auheim 1974. Diese historischen Komponenten wirken bis heute nach, insbesondere die Gebietsreform.

Kulturpolitik ist Teil der Sozialpolitik. „Kultur für alle“ ist daher ein wichtiger Baustein für soziale Gerechtigkeit. Zugleich sind kulturelle Vielfalt, attraktive urbane Kulturangebote und den Menschen zugewandte Kultureinrichtungen ein wichtiger Faktor für die Identifizierung der Menschen mit ihrem Wohnumfeld und ihrer Stadt.

Kulturpolitik ist ein unverzichtbares Ferment der Kommunalpolitik, denn sie gibt jeder Stadt ein unverwechselbares Gesicht. Sie ermöglicht es ihren Bürgerinnen und Bürgern, sich mit der Stadt zu identifizieren.

Eine Gesellschaft, in der es immer schwieriger wird, einen Grundkonsens zwischen den verschiedenen Generationen zu formulieren, bedarf dieses Ferments in besonderem Maße. Viele Menschen suchen heute – wohl stärker noch als in früheren Zeiten – in den Künsten Lebenshilfe und Sinnstiftung. Bei dem allgemeinen Gebot zum Sparen darf daher der Kulturetat nicht zum „Steinbruch“ der Politik werden.

Kommunale Kulturpolitik kann und muss Felder und Räume zu aktivem Erleben von Kunst und Kultur in all ihren Formen eröffnen, zum gemeinsamen kreativen Erarbeiten, zu direkter Kommunikation. Daher sollen die vielfältigen Kulturformen, die in Hanau vertreten sind, auch weiterhin allen Bevölkerungsschichten offen stehen und in den kommenden Jahren bürgerschaftliche Kulturinitiativen gefördert werden.

Die Stadt Hanau wird neben der Pflege und Weiterentwicklung vorhandener Kultureinrichtungen und –Veranstaltungsreihen auch Inhalten und Formen von Kultur eine Chance geben, die beispielsweise in der sich ausdehnenden Medienwelt an den Rand gedrängt werden. Soziokulturelle Angebote haben daher ebenso ein Existenzrecht wie Formen des traditionellen künstlerischen Angebotes.

Die seit den 80iger Jahren geschaffenen Veranstaltungsreihen, wie beispielsweise die Brüder-Grimm-Märchenfestspiele, die Reihe „Kult(o)ur“ oder der Kultursommer sind auch in den kommenden Jahren zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Kulturelle Angebote privater Veranstalter sollen bei den vorhandenen Veranstaltungsorten berücksichtigt werden, auch verwaltungstechnische Unterstützung bei notwendigen Genehmigungen erfahren. Dabei ist auf Qualität der Kulturangebote und der Veranstalter sowie auf angemessene Eintrittspreise zu achten.

Kultur als Standortfaktor

Attraktive Kultureinrichtungen, wie die Hanauer Museen, das Deutsche Goldschmiedehaus, das Hessische Puppenmuseum, die Staatliche Zeichenakademie, die Kuranlage

Wilhelmsbad, das Steinheimer Schloss, junge Projekte wie „Kunst im CPH“ und vieles mehr, und eine Vielfalt qualitätvoller kultureller Angebote sind wichtige Standortfaktoren für jede Stadt, somit auch für Hanau.

Die Hanauer Brüder-Grimm-Märchenfestspiele, das Lambofest wie das Bürgerfest oder die Wilhelmsbader Sommernächte mit der Neuen Philharmonie Frankfurt sind ebenso unverwechselbare und Identität stiftende kulturelle Angebote der Stadt Hanau. Diese kommunalen Einrichtungen und Kulturangebote sind daher auch in der Zukunft mit hoher Priorität zu fördern und weiter zu entwickeln.

Die Arbeit aller Hanauer Kulturvereine, der Geschichts- und Heimatvereine etwa, der Künstlergemeinschaften und Musik- und Gesangsvereine, auch der privaten Galerien, die alle einen wesentlichen Anteil des Hanauer Kulturschaffens ausmachen, besitzt gleichfalls eine ähnlich hohe Priorität bei der Förderung durch die Stadt. Zugleich hat die Stadt Hanau die Aufgabe, geeignete und günstige Rahmenbedingungen für alle anderen nicht vereinigungsgebundenen Kulturschaffenden zu gewährleisten.

Hanau hat gute Theaterspielstätten wie den Paul-Hindemith-Saal im CPH, mit dem Comedienhaus Wilhelmsbad, mit dem Amphitheater, aber auch mit verschiedenen anderen Einrichtungen, die insbesondere durch gleichfalls förderungswürdige Amateurtheatergruppen genutzt werden.

Die städtischen Jugendmusikschule und Jugendkunstschule bedürfen ebenfalls weiter der kommunalen Förderung.

Angemessene und zukunftsorientierte neue Einrichtungen müssen geschaffen werden, so ist etwa eine neue Stadtbibliothek in zentraler Lage zu errichten und ein neues Brüder-Grimm-Kulturzentrum. Die Stadt Hanau wird sich verstärkt einsetzen für die Sanierung und Instandsetzung der Kuranlage Wilhelmsbad und des Karussells durch das Land Hessen sowie für den Erhalt und die Pflege des Comoedienhauses Wilhelmsbad. Die Schaffung eines Industriemuseums der Neuzeit sowie eines Eisenbahnmuseums in Zusammenhang mit der Route der Industriekultur ist zu prüfen.

Jugend-Kultur

Angesichts der schwieriger gewordenen Lebenssituation für die junge Generation stellt die Förderung spezifischer kultureller Angebote für jüngere Menschen in unserer Stadt eine besondere Aufgabe dar. Die Pflege eher traditioneller Kulturangebote sollte darum eine Ergänzung insbesondere im Bereich der Jugend- und Alternativkultur oder der "freien Szene" durch städtische Kulturförderung erfahren. Die Existenz der „Halle2“ ist zu sichern.

Kultur als Integrationsfaktor

Parallel und verstärkt in den letzten Jahrzehnten wird die Stadt durch die Migranten geprägt, durch veränderte Lebensgewohnheiten dieser Neubürger und auch durch Folgen von Arbeitslosigkeit und sozialer Probleme, die insbesondere diese Migrantengruppen betreffen. Kulturpolitik allein kann hier keine Probleme lösen, aber helfen bei der Lösung jener Probleme, indem sie Wege aufweisen kann zur Integration dieser neuen Bürgerinnen und Bürger in die Lebenswelt unserer Kommune, in Verbindung mit der Pflege der eigenen mit in diese Stadt gebrachten Kultur.

Brüder-Grimm-Märchenfestspiele und Amphitheater

Die Brüder-Grimm-Märchenfestspiele gehören zu den großen kulturellen Errungenschaften der Stadt Hanau seit den 80iger Jahren. Ursprünglich für zwei Jahre geplant, haben sie sich vor allem durch das Engagement aller Mitwirkenden und zugleich durch die Liebe und Zuneigung eines stets größer werdenden Publikums so sehr entwickeln können, dass sie nunmehr in der ersten Reihe der bedeutenden Festspiele rangieren. Zugleich sind diese Märchenfestspiele ein Identität stiftendes Markenzeichen dieser Stadt Hanau und ein hochrangiger Standortfaktor zugleich.

Dass diese Märchenfestspiele sich fast finanziell selbst tragen, ist im Theater- und Festspielbereich absolut atypisch. Diese Brüder-Grimm-Märchenfestspiele sollen daher in den kommenden Jahren eine verstärkte Förderung erfahren, insbesondere in den Festspiel-Rahmenbedingungen.

Diese Märchenfestspiele in ihrer Konzeption zu erhalten, aber zugleich auch inhaltlich weiterzuentwickeln und durch neue Formen der Inszenierungen zu ergänzen, in Zusammenarbeit mit Festspielleiter und Theaterensemble, wird Garantie dafür sein, dass diese Märchenfestspiele auch künftig von höchster kultureller Qualität bleiben werden.

Brüder-Grimm-Kulturzentrum

Die Bedeutung der Brüder Grimm für die Stadt Hanau soll in der zu gestaltenden Wahlperiode durch Gestaltung eines Brüder-Grimm-Kulturzentrums verstärkt genutzt werden. Dieses Zentrum soll insbesondere überregional wirken und Besucherinnen und Besucher aus nah und fern nach Hanau bringen.

Es muss das Ziel sein, diese neue Einrichtung neben der Förderung durch die Stadt bei der Investition dann so zu gestalten, dass es sich finanziell selbst trägt. Die Schaffung des Stiftungsfonds Brüder-Grimm-Kulturzentrum bei der Sparkasse Hanau wird begrüßt.

Bei der Standortfrage, bei der inhaltlichen wie baulichen Gestaltung dieses Brüder-Grimm-Kulturzentrums soll externer Rat eingeholt werden.

Kulturmeile Kesselstadt

In den letzten Jahren ist, eher ungeplant, im Bereich Kesselstadt eine „Kulturmeile“ entstanden, mit dem Schloss Philippsruhe, dem Olof-Palme-Haus und dem Jazzkeller. Unter der Voraussetzung der Erarbeitung eines anwohnerverträglichen Verkehrs- und Parkkonzeptes stehen die Kooperationspartner einer Weiterentwicklung dieser Kulturmeile positiv gegenüber.

Städtische Feste und Traditionen der Stadtteile

Unsere Hanauer Traditionsfeste, wie beispielsweise das Lamboy- wie das Bürgerfest, auch die zahlreichen Feste in den Stadtteilen wie das Äppelwoifest, der Rochusmarkt oder das Internationale Freundschaftsfest, sind unverzichtbarer Teil unseres kulturellen Lebens. Die Einbindung der Hanauer Vereine und ihrer Mitglieder ist hier ebenso wichtig wie das Zurückdrängen kommerzieller Interessen.

Das kulturelle Leben in seiner ganzen Vielfalt ist in allen Stadtteilen zu erhalten und zu pflegen. Die verstärkte Einbindung der Bürger in den Hanauer Stadtteilen in die Pflege und

die Programmgestaltung der dortigen kulturellen Einrichtungen ist wünschenswert und zum Vorteil für die Identifizierung der Menschen mit ihrem Wohnumfeld.

Perspektiven und Entwicklung des Eigenbetriebes Kindertagesbetreuung

Die Kindertagesstätten in Hanau sind wesentlicher und integrativer Bestandteil Hanaus als „Kinder- und Familienfreundliche Stadt“. Ziel ist es, diesen hohen Stellenwert auch zukünftig zu fördern, zu gestalten und auszubauen.

Zur Umsetzung dieser Vorgaben werden folgende Ziele angestrebt:

- Umsetzung der qualitativen und quantitativen Inhalte der Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung 2005-2007 und der entsprechenden Fortschreibungen.
- Ausbau des Sprachförderprogramms und der Integrationsmaßnahmen bedarfsentsprechend, stärkere Vernetzung mit Freien Trägern und mit den Grundschulen in diesem Bereich.
- Ausbau der verlässlichen Schulkinderbetreuung (einschließlich der Ferienzeiten) auf der Basis eines entsprechenden Schulentwicklungsplanes und eines Hanau spezifischen Schulkinderbetreuungskonzeptes.
- Finanzierung der Gebührenbefreiung über die Rücklagen des Eigenbetriebs Hanau Kindertagesbetreuung.
- Erweiterung der Einstiegsangebote für „überforderte“ Eltern im Bereich Familienberatung, -bildung und Unterstützung in Erziehungsfragen, Vernetzung mit anderen Trägern, gezielte Wertevermittlungskampagne und Kooperationen in enger Verknüpfung mit dem Präventionsrat.

Prävention und Sicherheit

Prävention

Prävention umfasst vielfältigste Maßnahmen zur Vorsorge, Vorbeugung oder zum Schutze vor bestimmten Ereignissen, durch die Gefahren bzw. Probleme für den Einzelnen oder für die Gemeinschaft entstehen.

Für Hanau gilt es, regionalspezifische Risikofaktoren zu erfassen und ein Präventionsnetzwerk auf- bzw. auszubauen, zu entwickeln bzw. weiterzuentwickeln. Dabei ist es im Vorfeld erforderlich, soziale Lagen zu analysieren, um näheren Aufschluss über den notwendigen Handlungsbedarf zu erhalten.

Prävention soll hier nicht unter dem Vorzeichen momentaner politischer Konjunktur stehen, sondern als andauernder Prozess mit ständiger Kommunikation zwischen allen Institutionen und Vertreterinnen und Vertretern der mit Präventionsaufgaben betrauten Behörden verstanden werden. Prävention ist Querschnittsaufgabe und als solche in ihrer Vielfalt zu koordinieren. Nur so kann auf dem bisher begonnenen Weg nachhaltiger Erfolg gesichert werden.

Augenmerk unserer Ansätze liegen in der Sozial-, Gewalt-, Kriminalitäts-, Sucht- und Rauschmittelprävention durch Maßnahmen wie Frühförderung, Sozialmedizin und Gesundheitserziehung, Bündnis gegen häusliche Gewalt und Auffälligkeiten in der Erziehungshaltung gegenüber dem Kind, Konflikttraining und Training zur Selbstbehauptung, Aufklärung gegen Anwendung von Sucht- und Rauschmitteln sowie der Vorbeugung von Straftaten.

Soziale Integration ist dabei ein besonders tragfähiger Aspekt der Prävention. So sollten alle Anstrengungen auf die soziale Integration als wichtiges Schutzportal für Hanauer Bürgerinnen und Bürger allen Alters gerichtet werden.

Zweifelsfrei bedarf Prävention der Zivilcourage unserer Bürgerinnen und Bürger, unterstützt durch diverse Beratungs-, Hilfs- und Integrationsdienste, an die sie sich mit ihrem Anliegen wenden können sowie durch kontinuierliche Aufklärungsarbeit.

Im Präventionsrat der Stadt und durch fundierte koordinierte Netzwerk-Arbeit ist der Rahmen für eine strukturierte, transparente aktive primäre, sekundäre und tertiäre Prävention in Hanau zu gewährleisten.

Prävention gilt auch der Unterstützung und Förderung des subjektiven Sicherheitsgefühls unserer Bürger. So sind die Maßnahmen zur Vorbeugung von Straftaten ebenso Teil des Sicherheitskonzeptes wie Maßnahmen der Strafverfolgung und der Gefahrenabwehr. Projekte wie „Bürger-Warn-System“, „Schutzmann vor Ort“, „Teencourt“ oder „Kinder-Hilfeinseln“ dienen der Stärkung der Sicherheit in unserer Stadt und sind weiterhin Bestandteil des Hanauer Sicherheitskonzeptes oder werden aktuell aufgenommen. Das Hanauer Sicherheitskonzept mit dem Sicherheitsteam hat sich bewährt. Die Einführung eines freiwilligen Polizeidienstes lehnen wir ab.

Sicherheit

Sicherheit ist ein hohes und schützenswertes Gut unserer Gesellschaft und ein wesentlicher Standortfaktor, ggf. sogar eine Standort beeinflussende Entscheidung.

Die Kooperationspartner teilen die Auffassung, dass der Begriff Sicherheit nicht nur auf den polizeilichen Aspekt begrenzt ist. Unabhängig von der Frage, welche sicherheitsrelevanten Entscheidungen für Hanau selbst und in der Funktion als Oberzentrum - und somit ausstrahlend in die Region - getroffen werden, wird übereinstimmend festgestellt, dass das Land Hessen im Sinne der Verfassung für die polizeiliche Aufgabe die alleinige Zuständigkeit besitzt. Alle Maßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden aus diesem Selbstverständnis heraus als zusätzlich betrachtet.

Vor diesem Hintergrund sind alle sicherheitspolitischen Maßnahmen im „Hanauer Sicherheitskonzept“ zu verankern, weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. Es gilt insbesondere, die verschiedenen Ansprüche an das Thema zu bündeln und in einen sinnvollen Kontext zu bringen. Alle unterschiedlichen sicherheitsrelevanten Maßnahmen in den Bereichen Kriminalität, Verkehr und Gebäudesicherheit sollen zusammengefasst und aufgelistet werden.

Sicherheit als städtische Aufgabe der Daseinsvorsorge bezieht auch den Schutz und die Hilfe bei gesundheitlichen und materiellen Schäden mit ein. Ausbildungs- und Ausstattungsstand der Feuerwehren sind in Hanau auf einem hohen Niveau. Dies wird auch weiterhin sichergestellt. Die Kooperationspartner fördern das hohe ehrenamtliche Engagement mit Unterstützung hauptamtlicher Kräfte bei Rettungsdienstorganisationen und Feuerwehr.

Im Zuge präventiver Arbeit werden die Bereiche Kinder und Jugendliche, Frauen sowie Senioren besonders gefördert, auch durch Vermittlung von Angeboten staatlicher Stellen.

Im Zuge der geplanten Maßnahmen in der Innenstadt werden insofern Ansprüche an Leichtigkeit, Licht und Offenheit geprüft, um so aktiv sog. Angsträumen entgegen zu wirken. Vorhandene öffentliche Flächen, z. B. Fußgängerunterführungen oder schlecht bzw. unbeluchtete Bushaltestellen oder Bahnhofszugänge werden im Rahmen der vorhandenen Ressourcen auf ihre zeitgemäße Sicherheitsrelevanz hin ebenfalls überprüft.

Videoüberwachung an bestimmten öffentlichen Plätzen, wie z. B. dem Freiheitsplatz oder dem Hauptbahnhofsvorplatz wird bei einer Delikthäufung oder einer konkret nachweisbaren Steigerung der Kriminalität geprüft und mit dem Ziel einer Durchführung mit den zuständigen Stellen des Landes verhandelt.

Mobile Geschwindigkeitsmessungen vor Kindertageseinrichtungen, Schulen, Seniorenwohnanlagen oder an bekannten Raserstrecken werden im Rahmen der vorhandenen Geld- und Personalressourcen ausgebaut.

Im Rahmen von Präventionsarbeit werden Schnittstellen innerhalb der Verwaltung herausgearbeitet. Weiterhin soll über die Hanau Marketing GmbH eine Kontaktaufnahme zu Verbänden erfolgen, die ebenfalls ein hohes und schützenswertes Interesse an der Sicherheitslage in ihrem jeweiligen Bereich haben, wie z. B. der Einzelhandelsverband.

Schulpolitische Vereinbarungen

Hanau ist das Bildungszentrum der allgemein bildenden und beruflichen Schulen im östlichen Rhein-Main-Gebiet.

Die Schulpolitik in Hanau ist Teil eines gesamten Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungskonzeptes. Dezernatsübergreifende Abstimmungen führen zu einem vernetzten Denken, das diesem integralen Ansatz verstärkt Rechnung trägt.

Das jetzige pluralistische Angebot sollte in seiner Vielfalt erhalten und ergänzt werden. Modelle, die ein gemeinsames Lernen auch nach dem 4. Schuljahr zum Ziel haben, werden, wenn dies von der Schulgemeinde mitgetragen wird, unterstützt. Angebote von privaten Trägern können eine sinnvolle Ergänzung darstellen.

In einer vorzunehmenden Analyse sollten die Veränderungen der Schülerströme in den letzten Jahren und in der Zukunft erfasst werden, um Entscheidungen z.B. über Schulstandorte und Schulformen fundiert treffen zu können.

Die Schulkommission ist in allen wichtigen schulpolitischen und –organisatorischen Themen einzubeziehen. Sie sollte daher auch frühzeitig bei der Aufstellung des Schulentwicklungsplanes beteiligt werden.

Das Konzept der sozialen Arbeit an Schulen muss überprüft und gegebenenfalls verändert werden.

Die Kooperationspartner SPD, FDP, BfH und Grüne vereinbaren eine Neuaufstellung des Schulentwicklungsplanes (SEP) 2006 – 2011. Integraler Bestandteil soll ein umfassendes Schulbauprogramm sein, das auch über den Planungshorizont des SEP reicht. Das Schulbauprogramm umfasst auch alle größeren Renovierungsarbeiten. Insbesondere sind die Förderschulen unverzüglich in Sachen Schulbau und Ausstattung zu unterstützen.

Zur Erstellung des SEP wird eine ständige Steuerungsgruppe gebildet, die im Kern aus je einem Vertreter der Kooperationspartner und den ständigen Dezernenten besteht. Mitglieder aus anderen Fraktionen sind zur Mitarbeit eingeladen. Gegebenenfalls wird die Steuerungsgruppe durch Einbindung von Expertinnen und Experten ergänzt. Die Gruppe tagt turnusmäßig.

Hanau wird als Standort beruflicher Schulen gestärkt und ausgebaut, um junge Menschen optimal auf das Berufsleben vorzubereiten. Der Berufsschulentwicklungsplan ist zeitnah zu überarbeiten.

Die Kooperationspartner vereinbaren weiterhin, dass die Selbstständigkeit der Schulen, sofern das von den Schulgemeinden mitgetragen wird, durch geeignete Maßnahmen wie Budgetierung erhöht wird. Der Schulträger verpflichtet sich, zur Schulprofilbildung im Rahmen seiner Möglichkeiten beizutragen.

Die Ganztagsangebote an den Hanauer Schulen sind auszubauen. Hierbei wird auf die bauliche Schaffung räumlicher Voraussetzungen, wie Aufenthaltsräumen und Mensen sowie weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der Realisierung von Ganztagsangeboten Priorität gesetzt.

Der Stellenwert von lebensbegleitendem Lernen wird in Hanau ausgebaut. Die Entwicklung regionaler Bildungsnetzwerke und Bildungskompetenzzentren wird unterstützt. Die vielfältigen Bildungs-, Kunst-, Gesundheits- und sonstigen fördernden Angebote der Volkshochschule (VHS) werden erhalten und weiter entwickelt.

Die Erweiterung von Bildungseinrichtungen für Erwachsene ist voranzutreiben. In diesem Zusammenhang wird auch die Ansiedlung einer Fachhochschule oder einer Berufsakademie in Hanau angestrebt. Eine Aufwertung und Weiterentwicklung der Staatlichen Zeichenakademie wird angestrebt.

Für die Konversionsflächen und in dem Zusammenhang für die weitere Nutzung der dort bestehenden Primary-, Middle- und High-School ist eine Konzeption zu erarbeiten.

Um diesen beschriebenen Anforderungen in den nächsten Jahren gerecht werden zu können, sind personelle wie organisatorische Voraussetzungen zu schaffen.

Stadtentwicklung

Stadtentwicklung betrifft alle Bereiche des kommunalen Lebens in der Stadt Hanau und ist daher als ganzheitliche Entwicklungsplanung zu verstehen. Stadtentwicklung ist ein sich ständig weiterentwickelnder Prozess, in den auch die Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden.

Die Stadtentwicklung in Hanau wird nachhaltig angelegt und auf der Grundlage einer gleichberechtigten Verbindung von wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen gestaltet. Unter Beachtung dieser Grundsätze wird das Leitbild der Stadt Hanau fortgeschrieben.

Der **Wohnstandort Hanau** wird weiter gestärkt. Ziel ist es, ein ausreichendes und nachfrageorientiertes Angebot für alle Bevölkerungs- und Einkommensgruppen sicherzustellen. Sozial stabile Stadtviertel mit einem breiten Angebot an Wohnformen – von Wohnungen für junge Familien mit Kindern, über altengerechtes und betreutes Wohnen bis hin zu Singlewohnungen sind Schwerpunkte der städtischen Wohnraumpolitik. In diesem Kontext wird die Altstadt als innerstädtisches Wohnquartier weiterentwickelt.

Zur Verbesserung des Wohnumfeldes wird bei der Ausweisung neuer Wohngebiete, dem Umbau von Straßen und der Neugestaltung öffentlicher Plätze eine gute „Durchgrünung“ sichergestellt. Freizeit- und Naherholungsangebote werden verbessert.

Die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen von Wohnungen der Baugesellschaft werden wie geplant weitergeführt. Andere Wohnungsbaugesellschaften werden aufgefordert, ihre Wohnimmobilien ebenfalls zu sanieren. Der städtische Immobilienbestand wird durch entsprechende Maßnahmen auf einem hohen Qualitätsstandard gehalten. Dies gilt insbesondere für Schulgebäude und Sozialeinrichtungen.

Funktionsfähigkeit und Identität der Innenstadt und der Stadtteile werden gestärkt. Die in den letzten Jahren begonnene Aufwertung öffentlicher Räume in der Innenstadt und den Stadtteilen wird weitergeführt und auf die Stadtteile ausgedehnt.

Der **Einzelhandelsstandort Hanau** wird durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen und die unterschiedlichsten Aktivitäten der Hanauer Marketing GmbH gestärkt. Die Entwicklung erfolgt auf der Grundlage des Einzelhandelskonzeptes. Bei der Umsetzung des im Einzelhandelskonzept vorgesehenen Einkaufszentrums am Freiheitsplatz muss beachtet werden dass,

- die Verkaufsfläche auf die vorgesehenen 20.000m² begrenzt bleibt und
- der Eingriff in die Fläche des Freiheitsplatzes so weit wie möglich minimiert wird. Die Tiefgarage soll nach Möglichkeit unter das Einkaufszentrum verlegt werden. Dies ermöglicht sowohl eine – gegenüber der Ursprungsplanung – weitest gehende Begrünung des Platzes auch mit hochwertigen Bäumen, als auch den Erhalt der Baumreihe an der Ostseite des Platzes.
- Ziel ist es, die fünf Platanen auf dem Westteil des Freiheitsplatzes zu erhalten. Mit dieser Zielsetzung werden von den Kooperationspartnern direkte Gespräche mit Investoren, Städteplanern und Architekten über eine Umsetzbarkeit geführt. Die Stabstelle Umwelt wird bei den weiteren Planungen zum Freiheitsplatz direkt und unmittelbar eingebunden.
- Die Freiraumplanung und Umgestaltung des Freiheitsplatzes soll in einem Zuge erfolgen.

Um die Funktion der Stadtteilzentren über die Nahversorgungsfunktion hinaus dauerhaft zu sichern, wird das Einzelhandelskonzept in Zusammenarbeit mit den Gewerbetreibenden und den Ortsbeiräten und Stadtteilkonferenzen stadtteilbezogen weiter ergänzt.

Der voraussichtliche **Abzug der amerikanischen Streitkräfte** und ihrer Angehörigen stellt für die Entwicklung der Stadt Hanau eine große Chance dar. Für die freiwerdenden Flächen und Immobilien werden innovative und vermarktungsfähige Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung erarbeitet. Hierbei sind regionale Aspekte mit zu berücksichtigen.

Ein ständig steigender **Mobilitätsanspruch der Menschen** lässt das Verkehrsaufkommen weiter wachsen. Nur durch die Verteilung auf die unterschiedlichsten Fortbewegungsmittel, zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem öffentlichen Verkehrsmittel oder dem Auto kann dieser Mobilitätsanspruch bewältigt werden. Mit der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes werden gemeinsam die Rahmenbedingungen für den öffentlichen Personennahverkehr festgelegt, die hohen Qualitätsstandards und die Verkehrsverbindungen in Hanau festgeschrieben.

Umwelt – Lokale Agenda 21

Die Kooperationspartner räumen den Belangen der Umwelt große Bedeutung ein. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wie auch die Standortgunst der Stadt Hanau ist eng verknüpft mit dem Erhalt einer intakten Umwelt. Deshalb orientieren sich die Kooperationspartner in ihren Entscheidungen gleichzeitig am Grundsatz der Nachhaltigkeit und an ökonomischen Überlegungen. Der Prozess der lokalen Agenda wird fortgesetzt.

Für den Bereich der Stadtverwaltung verständigen sich die Kooperationspartner auf folgende Ziele: Im Laufe der Wahlperiode erfolgen eine Fortschreibung des Umweltberichts und eine Neuauflage des Energieberichts. Weiter werden die Beteiligung der Stadt Hanau und ihrer Eigenbetriebe und Gesellschaften am Programm „Öko-Profit“ sowie die weitere Umsetzung eines umweltfreundlichen Beschaffungswesens in der städtischen Einkaufsgesellschaft geprüft.

Aufbauend auf der Mitgliedschaft der Stadt Hanau im Klimabündnis verfolgen die Kooperationspartner eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete städtische Klimaschutzpolitik. Zur Erreichung dieses Ziels wird ein CO₂-Minderungskonzept erstellt. In dem zu erstellenden Klimaschutzprogramm der Stadt werden geeignete kommunale Handlungsfelder festgeschrieben. Hierunter fallen Maßnahmen zum Einsatz erneuerbarer Energien (darin Solaroffensive), zur Steigerung von Energieeffizienz und zu verbessertem Energiemanagement bei kommunalen Objekten sowie Schritte hinsichtlich eines Umsteigens auf alternative Treibstoffe für Fahrzeuge der Stadt bzw. städtischer Gesellschaften, soweit dies im ökonomischem Rahmen abbildbar und vertretbar ist. Eine Erhöhung des Anteils von Ökostrom in städtischen Einrichtungen wird angestrebt. Mit den Maßnahmen zum Klimaschutz wird gleichzeitig eine Reduktion der Feinstaubbelastung der Innenstadt angestrebt.

Die Kooperationspartner berücksichtigen die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie bei der Aufstellung von Bauleitplänen. Die Planung von Bauprojekten auf Hanauer Stadtgebiet und Naturschutzanforderungen werden effizient und zeitnah aufeinander abgestimmt. Bei zukünftigen Planungen werden vorrangig Konversionsflächen auf ihre Nutzungseignung hin geprüft. Die Bereiche der Flugsanddünen sowie der Flussauen im Hanauer Stadtgebiet sind von einer Bebauung ausgenommen. Das Mainufer soll als attraktives, stadtnahes Erholungsgebiet fortentwickelt werden.

Die Kooperationspartner setzen sich für den Erhalt der Grün- und Naherholungsgebiete und den Schutz wertvoller Biotopflächen in Hanau, des Waldes sowie eine Renaturierung von Bachläufen und Fließgewässern (Fallbach, Krebsbach) ein. Als Ziele werden ausdrücklich eine stärkere Durchgrünung des Stadtraums, insbesondere in der Innenstadt, die Pflege und bürgernahe Nutzung der Flächen der Landesgartenschau, der Erhalt von Naturdenkmälern und Naturschutzgebieten sowie der Erhalt der Bulau als europaweit bedeutender Auewald formuliert. Zudem wird eine qualitative Weiterentwicklung der Einbindung der Mainaue in den Regionalpark Rhein-Main angestrebt.

Die Kooperationspartner setzen sich für die Pflege des Bestandes an ökologisch und sozial verträglichen Technologien und eine weitere Ansiedlung von Umwelttechnologie ein. Die stärkere Beachtung der Umwelttechnologien ist geeignet, zu einer Imageverbesserung Hanaus beizutragen.

Die Steigerung der Energieeffizienz in der Architektur wird durch die Fortsetzung der Vortragsreihen zum Ökologischen Bauen, qualifizierte Beratung und durch Festschreibung in Bebauungsplänen Rechnung getragen. Ein weiterer Ausbau der Kraft-Wärmekopplung ist ökologisch sinnvoll und ökonomisch zu prüfen.

Die Kooperationspartner werden Organisation und Durchführung der Abfallsammlung und -verwertung an der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie an ökologischen Erkenntnissen ausrichten. Die getrennte Sammlung von Bio-Abfall ist einer regelmäßigen Bewertung zu unterziehen. Ein Abfallbericht wird in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben.

Die Bekämpfung von Lärm in Hanau stellt einen Arbeitsschwerpunkt des Bündnisses dar. Die Kooperationspartner wenden sich auch gegen gesundheitliche Belastungen durch den Fluglärm. Ziel der Kooperationspartner ist es, Fluglärm über Hanau zu reduzieren. Deshalb werden sie alle zu Gebote stehenden Mittel – auch rechtlicher Natur - entsprechend der Ergebnisse des Mediationsverfahrens nutzen.

Die Veränderung des Modal-Split zugunsten des Umweltverbundes (Zufußgehen, Radfahren und Nutzung des ÖPNV) in Hanau wird durch stetige Verbesserung der Rahmenbedingungen angestrebt. Hierzu gehören die weitere Ausweisung von Tempo-30-Zonen und die Reduzierung von Durchgangsverkehren. Der Aufbau von Luftmessstationen zur Kontrolle der Belastung mit Feinstaub und anderen Schadstoffen wird geprüft.

Die weitere sukzessive Verbesserung der Infrastruktur für das Fahrradfahren wird vorangetrieben. Ein Abbau von Hindernissen, die weitere Umsetzung der Fahrradnovelle, die weitere Umrüstung von Ampeln mit zu langen Wartezeiten für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen sind zusätzliche Bausteine zu einer fahrrad-freundlichen Stadt.

Wirtschaftspolitische Vereinbarungen

Der Geschäftsbereich Wirtschaft wird entsprechend seiner Bedeutung für die Entwicklung der Stadt Hanau aufgewertet und organisatorisch neu aufgestellt.

Zentrale Schwerpunkte einer Wirtschaftsförderung im weiteren Sinne ist die Standortwerbung, Standortvermittlung und Standortentwicklung. Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung sind dabei zwei Bereiche, die sich gegenseitig ergänzen. Eine enge dezernatsübergreifende Koordination ist für den Erfolg beider Bereiche notwendig. Dabei orientieren sich die Lenkungsfunktion und eine notwendige Vertretung in oder gegenüber Organisationen außerhalb der Stadtverwaltung an den Schwerpunkten der jeweiligen Aufgaben.

Innovative Existenzgründungen werden gefördert. Diese Aufgabe wird primär durch das TGZ vollzogen, das dem Geschäftsbereich Wirtschaft unterstellt wird.

In die Organisationsstruktur des Geschäftsbereiches Wirtschaft sind auch die Verwaltungszuständigkeiten im Zusammenhang mit Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen sowie die Vermarktung von städtischen Grundstücken einzubeziehen. Es ist deshalb zweckmäßig, das Grundstücksmanagement der Stadt Hanau dem Wirtschaftsdezernat zuzuordnen.

Neben der angestammten Zuständigkeit für die Wirtschaftsförderung obliegt dem Geschäftsbereich Wirtschaft - in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister und den Dezernenten - die Koordination der Zusammenarbeit mit Verbänden, Kammern und Wirtschaftsunternehmen im Stadtgebiet von Hanau.

Im Geschäftsbereich Wirtschaft ist aus dem jetzigen Stellenplan eine zentrale Clearingstelle einzurichten, die für privatwirtschaftliche Unternehmen bei Entwicklungs-, Erweiterungs-, Ansiedlungs- und/oder Gründungsvorhaben den Kontakt zu den jeweils zuständigen Dienststellen der Stadtverwaltung herstellt und die notwendigen Verwaltungsvorgänge unterstützend begleitet (Lotsenfunktion).

Der Geschäftsbereich Wirtschaft soll weiterhin in Abstimmung mit dem Bereich Stadtmarketing und der Stabsstelle Umwelt eine systematische Nutzung von Brachen und Leerständen sowie die Erschließung und Vermittlung leer stehender Gewerberäume und -flächen in der Stadt Hanau ermöglichen.

Der Clusterbildung wird Priorität in der Wirtschaftsförderung eingeräumt. Als Schwerpunkte der Hanauer Wirtschaft werden Unternehmungen der Materialverarbeitungen, der Chemie und des Einzelhandels angesehen. In ihrer Funktion als Oberzentrum ist die Einkaufsstadt Hanau in enger Verzahnung mit der Hanauer Marketinggesellschaft fortzuentwickeln.

Ein weiterer Cluster wird im Bereich der Umwelttechnologie gebildet. Mit dem Ziel der Schaffung von neuen und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen setzt die Stadt Hanau verstärkt auch auf den „Jobmotor“ Umwelt. Bei der Neuansiedlung werden ressourcenschonende Unternehmen bevorzugt.

Gerade im Hinblick auf die gegebenen günstigen Verkehrsanbindungen Hanaus (Autobahn, ICE-Haltepunkt, Flughafennähe) ist auch der Standort Hanau für Dienstleistungsbetriebe fortzuentwickeln.

Dem Ausbau und der Erweiterung des Mainhafens wird eine große Bedeutung für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Hanau beigemessen. In enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Hanau sind Konzepte zur Weiterentwicklung des Hanauer Hafens unter Einbezug von anderen Verkehrsträgern zu erarbeiten.

Bei aller Notwendigkeit, Hanau auch in der gesamtwirtschaftlichen Einbindung als Teil der Region Frankfurt/ Rhein-Main zu verstehen, sind die hervorragenden infrastrukturellen Vorzüge Hanaus als Alleinstellungsmerkmal darzustellen

Aufgabe des Geschäftsbereiches Wirtschaft ist in enger Zusammenarbeit mit dem Oberbürgermeister die spezialisierte Verfolgung nationaler und europäischer Strukturprogramme und deren Nutzung für die Stadt Hanau, einschließlich der Einwerbung von Fördermitteln.

Die Erstellung eines jährlichen Wirtschaftsberichtes obliegt dem Wirtschaftsdezernat.

Eine Ausgliederung der städtischen Wirtschaftsförderung in eine privatrechtliche Rechtsform oder einen Eigenbetrieb wird geprüft. Weiterhin wird geprüft, inwieweit andere Aufgaben des Geschäftsbereiches Wirtschaft auf städtische Beteiligungsgesellschaften übertragen werden können.

Zukunftsaufgabe Integration

Verschiedenheit bedeutet auch Reichtum. Die Bereitschaft zum „Interkulturellen Dialog“ umfasst die gegenseitige Anerkennung der eigenen und der fremden Kultur, sowie der Bereitschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit Wertvorstellung verschiedener Kulturen. Die multikulturelle Gesellschaft ist in der gesamten Bundesrepublik und auch in Hanau Realität, die wir demokratisch gestalten wollen. Migrantinnen und Migranten sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Die Anerkennung gemeinsamer und verbindlicher Regeln sind Voraussetzung für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Maßstab sind die Grund- und Menschenrechte wie die Achtung der Menschenwürde, Toleranz, Respekt, Gewaltfreiheit, Gleichberechtigung sowie Anerkennung von demokratischen und rechtsstaatlichen Verfahren.

Ende 2004 wurde ein Ausländeranteil von 20,6 % in Hanau gegenüber 12,2 % in Hessen dargestellt. Die jüngeren Altersgruppen sind deutlich stärker besetzt, während der Anteil der älteren Altersgruppen geringer ist als in der deutschen Bevölkerung. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund liegt also in Hanau deutlich über den Werten, den die amtliche Einwohnermeldestatistik abbildet. Deshalb wird die Zukunftsaufgabe Integration in Hanau von großer Wichtigkeit sein und ist als Präventivmaßnahme gegen sozialen Abstieg, Ghettobildung und steigende Kriminalität unabdingbar.

Sprachliche Förderung ist die Schlüsselaufgabe der Integrationspolitik. Der wichtigste Baustein ist die frühe sprachliche Integration der Kinder, aber auch für Erwachsene ist der Spracherwerb unverzichtbar.

Doch integrieren kann sich nur, wer Zugang zu Bildung hat. Die Teilnahme am gesamten schulischen Leben gilt für Mädchen und Jungen in gleicher Weise. Die Wahrnehmung der schulischen Angebote durch alle Schülerinnen und Schüler muss angestrebt werden.

Die Fraktionen von SPD, FDP, BfH und Grünen vereinbaren:

- die Förderung der Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Kitas und Schulen,
- Ausbau von Sprachkursen in Kitas,
- Verstärkung der Angebote der Elternbildung,
- Verstärkung des Angebotes „Mama lernt Deutsch“ und weitere sprachfördernde Maßnahmen und Projekte,
- Stärkung des Ausländerbeirates und bessere finanzielle Ausstattung, um eigene Projekte zu ermöglichen,
- Zusammenarbeit mit Bestreben zur Einrichtung von Ausbildungsplätzen,
- Ausbau der Stadtteilarbeit und der Angebote für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger,
- Förderung der Aktivitäten ausländischer Vereine, die im Bereich Integration und Jugendarbeit tätig sind,
- weitere Förderung des Freundschaftsfestes und der interkulturellen Tage und
- Aufstockung des Entwicklungshilfeetats.

In Hanau wollen wir durch eine großzügige Auslegung des Gesetzes die Integration von Flüchtlingen fördern.

Anhang zu den getroffenen inhaltlichen Vereinbarungen

Zusammenarbeit

- Die Verlässlichkeit der Zusammenarbeit wird organisatorisch durch einen regelmäßig tagenden „Kooperationsausschuss“ gesichert und gestaltet. Der Kooperationsausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
- Bei öffentlichen Stellungnahmen, auch unterschiedlicher Art, gilt die Zusage, den „Kooperationsfrieden“ nicht zu verletzen. In zentralen Fragen verzichten die Fraktionen und der hauptamtliche Magistrat auf öffentlichkeitswirksame Positionierungen, die eine Kompromissfähigkeit einschränken oder verhindern würden.
- Sich neu ergebende Sachverhalte werden intern, vertrauensvoll, sachlich-konstruktiv erörtert und neue Vereinbarungen getroffen.
- In der Zielsetzung, bei wichtigen kommunalpolitischen Fragen, wie etwa bei Entscheidungen über den Haushaltsplan, die Umsetzung des Einzelhandelskonzeptes oder der Errichtung eines Brüder-Grimm-Kulturzentrums, geschlossen abzustimmen und bei nicht zu erreichender gemeinsamer Linie in Einzelfragen die Handlungsfähigkeit nicht zu gefährden, ist allenfalls eine Stimmenthaltung zulässig ist.
- Sollten drei der vier Partner zu einer gemeinsam Position kommen, so wird sich der vierte Partner enthalten.
- Information, Transparenz und Verlässlichkeit sind ein Erfolgsfaktor für die Zusammenarbeit.
- Alle der jeweiligen politischen Gruppierung zugeordneten personellen Entscheidungen werden in eigener Verantwortung getroffen und verantwortet.

Rolle des Kooperationsausschusses:

- Hier werden alle anstehenden Themen besprochen.
- Der Magistrat bringt hier alle wichtigen Planungen vorab ein und berät die Eckpunkte vorab mit den Partnern.
- Fraktionsanträge, die wichtige kommunalpolitische Themen tangieren, werden im Grundsatz vorher abgestimmt.
- Die Fraktionen nutzen für alle übrigen politischen Anträge ihrer Fraktion die Informationsmöglichkeiten über Oberbürgermeister und Dezernenten, damit Antragsformulierungen oder Zielkonkretisierungen bereits wichtige Informationen aus der Verwaltung mit berücksichtigen können.
- Alle Partner melden Konfliktpotenzial und Dissenspunkte sehr rasch, damit sie gemeinsam bearbeitbar werden.

- Alle kritische Fragen und „Verstimmungen“ werden in dieser Gruppe ausgetauscht und bearbeitet.
- Die Gruppe trifft sich grundsätzlich wöchentlich - jeden Mittwoch, um 19.30 Uhr im Magistratszimmer.
- Von jeder Fraktion/Partei bzw. Gruppierung nehmen grundsätzlich zwei Vertreter/innen teil, die mit der entsprechenden Entscheidungs- und Verhandlungskompetenz ausgestattet sein müssen, darunter die Fraktionsvorsitzenden als gesetzte Mitglieder. Bei fachlichen Themen kann darüber hinaus ein/e weitere/r Fachsprecher/in hinzugezogen werden.
- Die hauptamtlichen Magistratsmitglieder gehören dem Kooperationsausschuss als gesetzte Mitglieder an.

Personelle Fragen / Dezernatsverteilung

- Der Magistrat bleibt in der Zahl der hauptamtlichen Dezernenten unverändert.
- Die Position des Bürgermeisters wird auch in dieser Wahlperiode nicht besetzt. Dies resultiert nicht zuletzt aus der finanziellen Verantwortung für die Stadt.
- In den anstehenden Personalentscheidungen 2007 wird die SPD weiterhin eine hauptamtliche Dezernatsposition besetzen; die weitere hauptamtliche Position wird der FDP zugestanden.
- Die SPD behält die Zuständigkeit für die Bereiche Finanzen, Soziales, Klinikum und Stadtentwicklung.
- Die FDP wird die Dezernatsbereiche Schule und Wirtschaft erhalten.
- Alle vier politischen Gruppierungen sind sich darin einig, dass sich auch Bündnis 90/ Die Grünen und BfH in wichtigen Politikfeldern wiederfinden und dort Verantwortung tragen.
 - Die BfH wird in den Bereichen Kultur, Prävention und Sicherheit Verantwortung übernehmen.
 - Die Grünen erhalten die Verantwortung für den Bereich Umwelt und lokale Agenda. Die Verantwortungsbereiche „Umwelt und Lokale Agenda“ sowie „Prävention und Sicherheit“ sollen jeweils als Stabsstellen in der Verwaltung verankert werden. Diese Stabsstellen sind jeweils hauptamtlich unmittelbar unterhalb der hauptamtlichen Magistratsebene zu verankern. Der Stellenplan wird auch hier nicht erweitert.
- Alle Fraktionen werden die jeweilige personelle Besetzung selbst entscheiden.

Diese Vereinbarung wurde einvernehmlich zwischen den Mitgliedern der Verhandlungskommission am 22.11.2006 abgestimmt und durch folgende Gremien der Partner gebilligt:

- Mitgliederversammlung von Bündnis 90 / Die Grünen - Ortsverband Hanau am Donnerstag, den 30.11.2006
- Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Stadtverband Hanau am Samstag, den 9.12.2006
- Mitgliederversammlung der Freien Demokratischen Partei - Stadtverband Hanau am Samstag, den 9.12.2006
- Mitgliederversammlung der Wählergemeinschaft „Bürger für Hanau“ am Donnerstag, den 14.12.2006

Hanau, den 20. Dezember 2006

Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Stadtverband Hanau:

Für die Freie Demokratische Partei, Stadtverband Hanau:

Für die Wählergemeinschaft Bürger für Hanau:

Für Bündnis 90 / Die Grünen, Ortsverband Hanau: